

Niederschrift

über die **11. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark**

(Sitzung Nr. 4/2017)

am Dienstag, 27.06.2017, um 19:30 Uhr
in Halle Urberach (Mehrzweckraum), Am Schellbusch 1

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Herr Werner Popp
Frau Mona Reusch
Herr Michael Uhe-Wilhelm
Frau Karin von der Lühse
Herr Sven Sulzmann
Frau Stefanie Arnheiter
Frau Brigitte Beldermann
Herr Christian-David Bombelka
Herr Jürgen Breslein
Herr Reimund Butz
Frau Jutta Catta
Herr Hans-Jürgen Daum
Frau Nina Daum
Frau Perihan Demirdöven
Herr Samuel Diekmann
Frau Adrienne Erkelenz
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Gerd Gries
Herr Ralph Hartung
Herr Hidir Karademir
Frau Yeliz Karademir
Herr Franz Keck
Herr Oliver Kempf

Herr Tobias Kruger
Herr Siegfried Kupczok
Frau Christiane Lotz
Herr Stephan Menzel
Herr Herbert Schneider
Frau Isabelle Schrod
Herr Peter Schröder
Frau Andrea Schülner
Herr Michael Spieß
Herr Hans Sulzmann
Herr Aaron von Soosten-Höllings
Herr Jochen Weiland
Herr Dr. Rüdiger Werner
Frau Zahide Demiral
Herr Bernd Koop
Frau Susanne Morian
Frau Sandra Mahuletz

nimmt bis TOP 8 teil

nimmt ab TOP 9 teil

Es fehlen:

Herr Hans Gensert
Herr Manfred Rädlein
Frau Martina Brehm
Herr Dr. Alexander Görlich
Herr Dieter Rebel
Herr Gerhard Schickel
Herr Norbert Schultheis
Herr Jochen Zeller
Herr Günter Bihn

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer:

18

Tagesordnung:

- TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- TOP 2 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion: Wie viele Suizide und Präventionsmaßnahmen
Vorlage: SPD/0122/17
- TOP 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Homepage Stadt Rödermark
Vorlage: SPD/0123/17
- TOP 3.3 Anfrage der Fraktion FWR: Gebiet Odenwaldstraße
Vorlage: FWR/0138/17
- TOP 3.4 Anfrage der FDP-Fraktion: Integrationsförderpreis der Stadt Rödermark
Vorlage: FDP/0139/17
- TOP 3.5 Anfrage der FDP-Fraktion: Internetsicherheit: TYPO3 - PHP - Clickjacking
Vorlage: FDP/0140/17
- TOP 4 Einführung einer Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen
Vorlage: VO/0072/17
- TOP 4.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Einführung einer Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen
Vorlage: FDP/0144/17
- TOP 5 Bebauungsplan A 34 "Südlich der Heinrich-Heine-Straße"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: VO/0126_1/17
- TOP 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan/Vorhaben- und Erschließungsplan A 20.8 "In der Plattenhecke 2a"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: VO/0127/17
- TOP 7 Antrag der Fraktion FWR: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FWR/0087/17
- TOP 7.1 Konkurrierender Hauptantrag der FDP-Fraktion: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FDP/0111/17
- TOP 7.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Stadtpark die "Grüne Mitte"
Vorlage: CAL/0087_1/17
- TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: CAL/0133/17
- TOP 8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: SPD/0133_1/17

- TOP 9 Neufassung der FDP-Fraktion: "Absehbar keine Basis für eine Städtepartnerschaft mit der Türkei!"
Vorlage: FDP/0089_4/17
- TOP 9.1 Änderungsantrag der Fraktion FWR: Diskussion über türkische Partnerstadt jetzt mit "Nein" beenden
Vorlage: FWR/0089_1/17
- TOP 9.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Diskussion über türkische Partnerstadt jetzt mit "Nein" beenden
Vorlage: CAL/0089_2/17
- TOP 9.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Diskussion über türkische Partnerstadt jetzt mit "Nein" beenden
Vorlage: SPD/0089_3/17
- TOP 10 Neufassung der FDP-Fraktion: KiP2-Fördermittel: Ganztagsbetreuung in Rödermark ausbauen
Vorlage: FDP/0088_1/17
- TOP 10.1 Interfraktioneller Antrag: KiP2-Fördermittel: Ganztagsbetreuung in Rödermark ausbauen (Zweite Neufassung)
Vorlage: IFA/0088_2/17
- TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion: Reduzierung der KITA-Beiträge
Vorlage: SPD/0124/17
- TOP 11.1 Interfraktioneller Antrag: Gebührenfreie Kindertagesstätten
Vorlage: IFA/0124_1/17
- TOP 12 Antrag der SPD-Fraktion: Sofortprogramm für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Rödermark
Vorlage: SPD/0125/17
- TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Wohnungsbau im Bestand
Vorlage: CAL/0137/17
- TOP 13.1 Änderungsantrag der Fraktion FWR: Wohnungsbau im Bestand
Vorlage: FWR/0137_1/17
- TOP 14 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in "Urbanes Gebiet" entwickeln
Vorlage: CAL/0134/17
- TOP 15 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: CAL/0135/17
- TOP 15.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: FDP/0135_1/17
- TOP 16 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Kapellenstraße"
Vorlage: CAL/0136/17
- TOP 17 Antrag der FDP-Fraktion: A3 zügig ausbauen - AUCH Offenbacher Kreuz bis Anschlussstelle Hanau
Vorlage: FDP/0130/17

- TOP 18 Antrag der FDP-Fraktion: Kreisumlage stabil halten!
Vorlage: FDP/0131/17
- TOP 19 Antrag der FDP-Fraktion: Ausschreibungsbedingungen für den Integrations-
förderpreis optimieren
Vorlage: FDP/0132/17
- TOP 20 "Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder im
Stadtteil Ober-Roden" - Anmietung einer Liegenschaft im Projekt "Atrium
Ober-Röder Bahnhof" für eine Ü-3-Einrichtung
Vorlage: VO/0108/17

Protokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass der Stadtverordnete der CDU-Fraktion, Herr Bernd Drescher, gegenüber dem Wahlleiter die Niederlegung seines Mandates erklärt hat.

Die nächste noch nicht berufende Bewerberin aus dem Wahlvorschlag der CDU-Fraktion ist Frau Adrienne Erkelenz. Der stellvertretende Wahlleiter hat das Nachrücken von Frau Erkelenz festgestellt.

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann begrüßt Frau Erkelenz in diesem Gremium und weist sie darauf hin, dass sie verpflichtet ist, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse teilzunehmen. Ferner bittet er Frau Erkelenz um Verschwiegenheit (§ 24 HGO) und bei einem Widerstreit der Interessen (§ 25 HGO) dies anzuzeigen und bei entsprechend zu behandelnden Punkten an Beratung und Abstimmung nicht teilzunehmen.

Feststellung der Tagesordnung:

Im Ältestenrat wurden für die heutige Sitzung folgende Festlegungen getroffen:

- **TOP 4** Die Vorlage des Magistrates wird geschoben.
- **TOP 5** Zu diesem Tagesordnungspunkt wird eine Austauschvorlage vorgelegt.
- **TOP 5 und 6** Die Abstimmung erfolgt ohne Aussprache.
- **TOP 8, 11, 13, und 15** Zu diesen Tagesordnungspunkten wurden Änderungsanträge vorgelegt.
- **TOP 9** Der Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wähler wurde zurückgezogen.
- **TOP 19** Wird auf Wunsch der FDP-Fraktion geschoben.

Gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat sollen die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 12 bis 16 in die nächste Sitzungsrunde geschoben werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert hierzu, dass die vorliegenden Tagesordnungspunkte bezüglich städtebaulicher Planungen nach der Sommerpause in einer Sondersitzung des Bauausschusses sowie der Stadtverordnetenversammlung separat beraten werden sollen.

Im Ältestenrat wurde ferner die Empfehlung ausgesprochen, die ausliegende Tischvorlage des Magistrates „Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Stadtteil Ober-Roden – Anmietung einer Liegenschaft im Projekt „Atrium Ober-Röder Bahnhof“ für eine U3-Einrichtung“ nachträglich auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann bittet um die notwendige Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung. Hierfür ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (10); AL/Die Grünen (9); SPD (4); FWR (4); FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Der Tagesordnungspunkt wird auf **TOP 20** der Tagesordnung genommen. Gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat wird dieser TOP nach der Beratung der Vorlagen des Magistrates, und somit nach TOP 6, aufgerufen.

Genehmigung der letzten Niederschrift:

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 16.05.2017 so dass diese als genehmigt gilt.

Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers:

Seit der letzten Stadtverordnetenversammlung gab es folgende Geburtstage:

31. Mai	Christiane Lotz
27. Juni	Martina Brehm

Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert recht herzlich zu den Geburtstagen.

Auf den Tischen ausgelegt finden die Stadtverordneten vor:

- Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 4 „Einführung einer Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen“
- Austauschvorlage zu TOP 5 „Bebauungsplan A34 „Südlich der Heinrich-Heine-Straße“ Beschluss über die öffentliche Auslegung“
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 8 „Sicherung der Grünen Mitte“
- Interfraktioneller Änderungsantrag zu TOP 11 „Gebührenfreie

- Kindertagesstätten“
- Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wähler Rödermark zu TOP 13 „Wohnungsbau im Bestand“
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 15 „Gewerbegebiet Hainchesbuckel“
- Tischvorlage VO/0108/17 „Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Stadtteil Ober-Roden – Anmietung einer Liegenschaft im Projekt „Atrium Ober-Röder Bahnhof“ für eine U3-Einrichtung“

Ebenso finden sie auf den Tischen

- die kommunalpolitische Terminvorschau Juli – September 2017
- die aktuelle Übersicht zur Beschlussverfolgung

sowie die Genehmigung zum Doppelhaushalt 2017 2018 in vollem Wortlaut vor. Diese beinhaltet, aus den bekannten Gründen, zunächst lediglich die Genehmigung zum Haushalt 2017. Der ausgefertigte Haushaltsplan 2017/2018 wurde ihnen, in der Version der Beschlusslage vom 16.05.2017 für beide Haushaltsjahre, elektronisch sowie jeder Fraktion ein Schriftexemplar zur Verfügung gestellt.

zu 2 Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen des Magistrats sind dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion: Wie viele Suizide und Präventionsmaßnahmen Vorlage: SPD/0122/17

Die Anfrage der SPD-Fraktion zu „Suiziden und Präventionsmaßnahmen“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Homepage Stadt Rödermark Vorlage: SPD/0123/17

Die Anfrage der SPD-Fraktion zur „Homepage der Stadt Rödermark“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.3 Anfrage der Fraktion FWR: Gebiet Odenwaldstraße
Vorlage: FWR/0138/17

Die Anfrage der Fraktion FWR zum „Gebiet Odenwaldstraße“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

Herr Schröder bittet um weitere detailliertere Informationen. Bürgermeister Kern sagt dies, vor Beratung des Themenkomplexes „Stadtplanung“, zu.

zu 3.4 Anfrage der FDP-Fraktion: Integrationsförderpreis der Stadt Rödermark
Vorlage: FDP/0139/17

Die Anfrage der FDP-Fraktion zum „Integrationsförderpreis der Stadt Rödermark“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 3.5 Anfrage der FDP-Fraktion: Internetsicherheit: TYPO3 - PHP - Clickjacking
Vorlage: FDP/0140/17

Die Anfrage der FDP-Fraktion zur „Internetsicherheit“ wurde schriftlich beantwortet und allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

zu 4 Einführung einer Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen
Vorlage: VO/0072/17

Die Vorlage der Verwaltung sowie der Änderungsantrag der FDP-Fraktion unter TOP 4.1 werden geschoben und bleiben im Geschäftsgang.

zu 4.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Einführung einer Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen
Vorlage: FDP/0144/17

zu 5 Bebauungsplan A 34 "Südlich der Heinrich-Heine-Straße"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: VO/0126_1/17

Die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „Südlich der Heinrich-Heine-Straße“ im Stadtteil Ober-Ro-

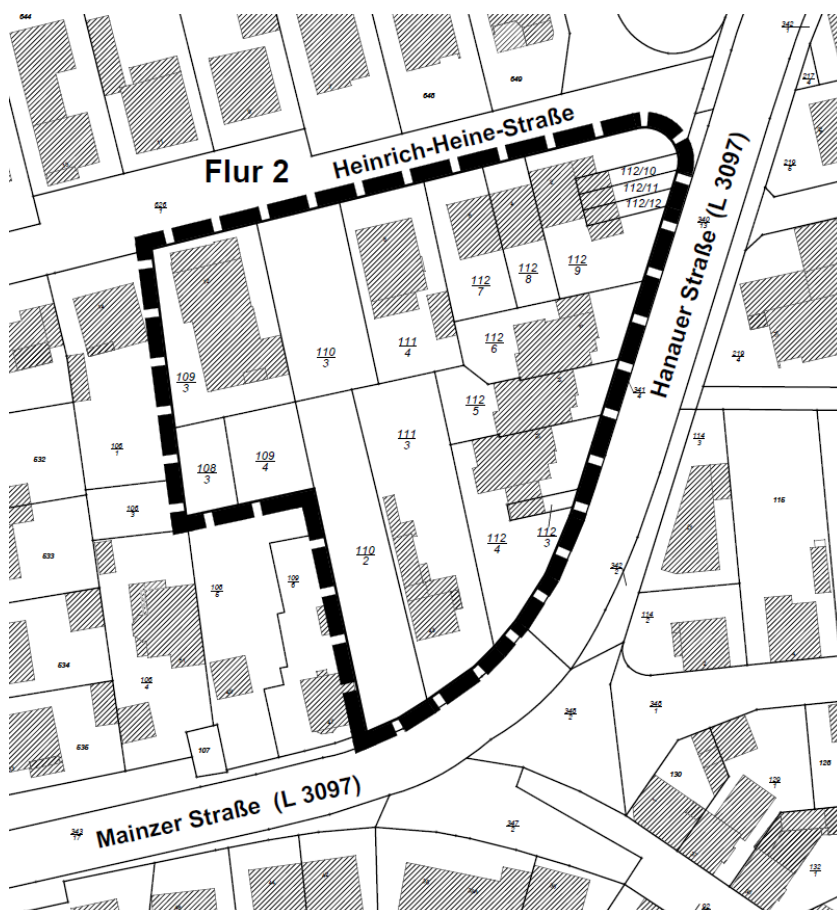
den nebst Begründung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414).

Grundlage dieses Beschlusses ist der Entwurf vom Mai 2017.

Ergänzung: Der vorliegende Planentwurf wird dahingehend geändert, als entlang der östlichen Grundstücksgrenze für den Bereich der bestehenden Grenzbebauung des Anwesens Heinrich-Heine-Straße 12 (Flurstück 109/3) eine Baulinie festgesetzt wird und dies ebenfalls auf gleicher Höhe für das östlich angrenzende Flurstück 110/3.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden Flur 2, Nr. 108/3, 109/3, 109/4, 110/2, 110/3, 111/3, 111/4 und 112/3 bis 112/12.

Die genaue Abgrenzung kann der nachfolgenden Karte entnommen werden.



Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 6

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan/Vorhaben- und Erschließungsplan
A 20.8 "In der Plattenhecke 2a"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: VO/0127/17**

Die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt ohne Aussprache.

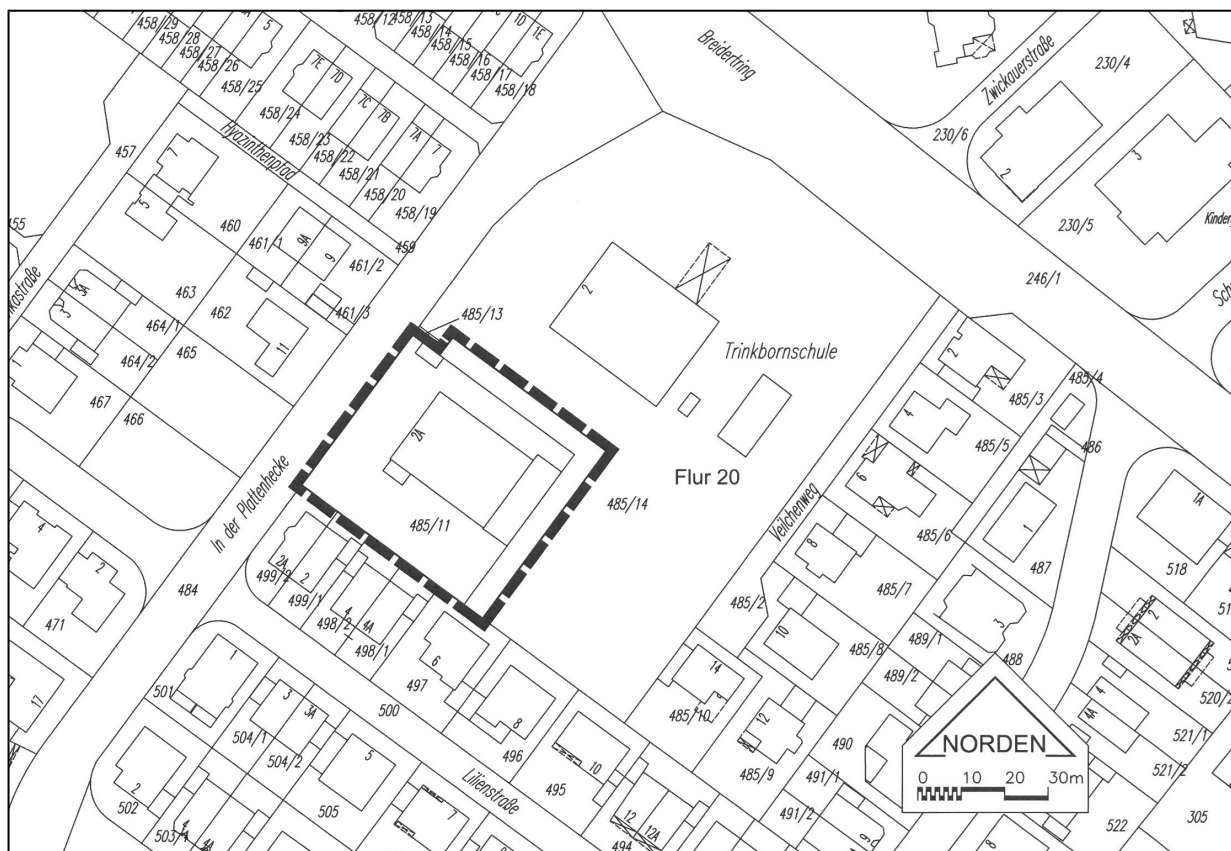
Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan / Vorhaben- und Erschließungsplan „In der Plattenhecke 2a“ im Stadtteil Ober-Roden nebst Begründung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414).

Grundlage dieses Beschlusses ist der Entwurf vom Mai 2017.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden Flur 20 Nr. 485/11 und 485/14 teilweise.

Die genaue Abgrenzung kann der nachfolgenden Karte entnommen werden.



<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig angenommen
Zustimmung:	CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	FWR (4)

zu 7 Antrag der Fraktion FWR: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FWR/0087/17

Der Antrag der Fraktion der Freien Wähler Rödermark sowie der konkurrierende Hauptantrag der FDP-Fraktion und der Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen unter TOP 7.1 und 7.2 werden geschoben und bleiben im Geschäftsgang.

zu 7.1 Konkurrerender Hauptantrag der FDP-Fraktion: Stadtpark "Die Grüne Mitte"
Vorlage: FDP/0111/17

zu 7.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Stadtpark die "Grüne Mitte"
Vorlage: CAL/0087_1/17

zu 8 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: CAL/0133/17

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen sowie der Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 8.1 werden geschoben und bleiben im Geschäftsgang.

zu 8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sicherung der Grünen Mitte
Vorlage: SPD/0133_1/17

zu 9 Neufassung der FDP-Fraktion: "Absehbar keine Basis für eine Städtepartnerschaft mit der Türkei!"
Vorlage: FDP/0089_4/17

Für die antragstellenden Fraktionen begründen die Stadtverordneten Herr Dr. Werner, Frau Beldermann und Herr Diekmann den Hauptantrag und die Änderungsanträge.

Nach Stellungnahmen aller Fraktionen, Herrn Bürgermeister Kern sowie der Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Frau Demiral, lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann in der Folge über den Hauptantrag sowie die Änderungsanträge abstimmen.

Der Stadtverordnete Hartung nimmt nicht an den Abstimmungen zu TOP 9, 9.2 und 9.3 teil.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung würdigt den Mut der rund 7.000 Wählerinnen und Wähler im Landkreis Hekimhan, die beim Verfassungsreferendum 2017 mit „Hayir“ (Nein) gestimmt haben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass auf absehbare Zeit, mindestens solange Präsident Recep Tayyip Erdogan an der Macht ist und Menschenrechte sowie elementare Bestandteile von Demokratie und Rechtsstaat wie Presse- und Meinungsfreiheit, usw. in der Türkei nicht gewährleistet sind, keine Basis für eine neue Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Türkei, welcher auch immer, erkennbar ist.
3. Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, der Türkischen Kreisstadt Hekimhan unter Bezugnahme auf deren Schreiben vom 19.03.2015 und den Gemeinderatsbeschluss vom 04.12.2014 schriftlich und offiziell mitzuteilen, dass von Seiten der Stadt Rödermark auf absehbare Zeit keine entsprechende Basis für eine Städtepartnerschaft mit Hekimhan gesehen werden kann.
4. Die bestehenden guten Kontakte zwischen den beiden Städten sollen unabhängig von einer offiziellen Städtepartnerschaft aufrechterhalten werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: CDU (10), AL/Die Grünen (9), SPD (4)
Enthaltung: /

**zu 9.1 Änderungsantrag der Fraktion FWR: Diskussion über türkische Partnerstadt jetzt mit "Nein" beenden
Vorlage: FWR/0089_1/17**

Der Änderungsantrag wird von der Fraktion der Freien Wähler Rödermark zurückgenommen.

**zu 9.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Diskussion über türkische Partnerstadt jetzt mit "Nein" beenden
Vorlage: CAL/0089_2/17**

Zu diesem Änderungsantrag hat die Fraktion der Freien Wähler getrennte Abstimmung beantragt.

Beschlussvorschlag:

1. Die bestehenden Städtepartnerschaften werden ausgebaut und intensiviert. Hierzu wird auch Bezug genommen auf das Projekt „Kultur ohne Grenzen – Internationales Fest der Kulturen“, wie es der Magistrat mit Beschluss vom 3. April 2017 befürwortet hat.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt anerkennend zur Kenntnis, dass sich in der zentralanatolischen Stadt Hekimhan eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gegen das Verfassungsreferendum vom 16. April 2017 ausgesprochen hat.
3. Aufgrund der politischen Gesamtsituation in der Türkei wird eine Entscheidung über das Partnerschaftsgesuch der Stadt Hekimhan weiter zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis zu Absatz 1: mehrheitlich angenommen

Zustimmung: CDU (10), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FDP (4)
Ablehnung: FWR (4)
Enthaltung: /

Abstimmungsergebnis zu den Absätzen 2 + 3: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU (10), AL/Die Grünen (9), SPD (3), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung:	/
Enthaltung:	SPD (1)

**zu 9.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Diskussion über türkische Partnerstadt
jetzt mit "Nein" beenden
Vorlage: SPD/0089 3/17**

Beschlussvorschlag:

PUNKTE 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktionen CDU und AL / Die Grünen werden übernommen.

1. Die bestehenden Städtepartnerschaften werden ausgebaut und intensiviert.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt anerkennend zur Kenntnis, dass sich in der zentralanatolischen Stadt Hekimhan eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gegen das Verfassungsreferendum vom 16. April 2017 ausgesprochen hat.

Neuer Punkt:

3. Bezugnehmend auf den Beschluss, eine Kommission 'internationale Städtepartnerschaften' - mit dem Auftrag den Stadtverordneten eine Empfehlung zum Verhalten auf die Anfrage der Stadt Hekimhan zu geben - zu gründen, wird die Kommission internationale Städtepartnerschaft dazu beauftragt bis zum 31.08.2017 eine Empfehlung auszusprechen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: SPD (4)
Ablehnung: CDU (10), AL/Die Grünen (9), FWR (4), FDP (4)
Enthaltung: /

zu 10 Neufassung der FDP-Fraktion: KiP2-Fördermittel: Ganztagsbetreuung in Rödermark ausbauen
Vorlage: FDP/0088_1/17

Der Antrag der FDP-Fraktion wird zurückgenommen und durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 10.1 ersetzt.

zu 10.1 Interfraktioneller Antrag: KiP2-Fördermittel: Ganztagsbetreuung in Rödermark ausbauen (Zweite Neufassung)
Vorlage: IFA/0088_2/17

Nach einer einführenden Begründung durch den Stadtverordneten Kruger erfolgt die Abstimmung zu dem interfraktionellen Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, sich bezüglich der Verwendung der Mittel aus dem „Kommunalinvestitionsprogramm II (KIP2)“ umgehend in Absprache mit den Rödermärker Schulen beim Kreis Offenbach dafür einzusetzen, dass der Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen in Rödermark und die dringend notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule sowie der Breidertschule vorrangig zu realisieren sind, wenn die Ausführungsbestimmungen dieses zulassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FWR (4), FDP (4)
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 11 Antrag der SPD-Fraktion: Reduzierung der KITA-Beiträge
Vorlage: SPD/0124/17

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zurückgenommen und durch den interfraktionellen Antrag unter TOP 11.1 ersetzt.

zu 11.1 Interfraktioneller Antrag: Gebührenfreie Kindertagesstätten
Vorlage: IFA/0124_1/17

Der Stadtverordnete Diekmann erläutert einführend die Intention des Antrages. Nach Stellungnahmen durch den Ersten Stadtrat Rotter sowie den Stadtverordneten Dr. Werner lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, sich bei den Regierungen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, dass der Besuch von Kindertagesstätten langfristig kostenfrei gestaltet werden kann. Dazu sind sowohl die Regierung des Landes Hessen als auch die Regierung der Bundesrepublik aufzufordern, sich ihrer Verantwortung zu stellen und Eltern und Kommunen bei den Betreuungsgebühren zu entlasten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 12 Antrag der SPD-Fraktion: Sofortprogramm für die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum in Rödermark
Vorlage: SPD/0125/17

Der Antrag der SPD-Fraktion wird geschoben und bleibt im Geschäftsgang.

zu 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Wohnungsbau im Bestand
Vorlage: CAL/0137/17

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen sowie der Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wähler Rödermark unter TOP 13.1 werden geschoben und bleiben im Geschäftsgang.

zu 13.1 Änderungsantrag der Fraktion FWR: Wohnungsbau im Bestand
Vorlage: FWR/0137_1/17

zu 14 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bestandsgebiete östlich und westlich der Odenwaldstraße in "Urbanes Gebiet" entwickeln
Vorlage: CAL/0134/17

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen wird geschoben und bleibt im Geschäftsgang.

zu 15 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: CAL/0135/17

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen sowie der Änderungsantrag der FDP-Fraktion unter TOP 15.1 werden geschoben und bleiben im Geschäftsgang.

zu 15.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Gewerbegebiet "Hainchesbuckel"
Vorlage: FDP/0135_1/17

zu 16 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Gewerbegebiet "Kapellenstraße"
Vorlage: CAL/0136/17

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen wird geschoben und bleibt im Geschäftsgang.

zu 17 Antrag der FDP-Fraktion: A3 zügig ausbauen - AUCH Offenbacher Kreuz bis Anschlussstelle Hanau
Vorlage: FDP/0130/17

Stadtverordneter Kruger begründet den vorliegenden Antrag. Daraufhin stellt der Stadtverordnete Gerl gemäß §§ 21 und 23 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung. Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann erteilt Herrn Kruger das Wort zur Gegenrede und lässt in Folge dessen über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich angenommen

Zustimmung:	CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4)
Ablehnung:	FWR (4), FDP (4)
Enthaltung:	/

Der Tagesordnungspunkt wird somit von der Tagesordnung genommen. Es erfolgt keine Beratung und Abstimmung.

zu 18 Antrag der FDP-Fraktion: Kreisumlage stabil halten!
Vorlage: FDP/0131/17

Der Stadtverordnete Kruger erläutert einführend den vorliegenden Antrag. Die Fraktionen nehmen zu dem Antrag Stellung. Hierbei wird mehrheitlich die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung in Frage gestellt.

Dennoch wird in der Folge über den Antrag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark fordert den Kreis Offenbach auf:

1. An den im Doppelhaushalt 2017/2018 beschlossenen Hebesätzen für die Kreis- und Schulumlage festzuhalten.
2. Der Empfehlung des Regierungspräsidiums Darmstadt aus der Haushaltsgenehmigung 2017/2018 vom 13.04.2017, eine Erhöhung der Kreisumlage in eigener Verantwortung zu prüfen, nicht zu folgen.
3. Mit der Vorlage eines überarbeiteten Haushaltssicherungskonzeptes im Kreistag eine trag- und zukunftsfähige Haushaltsplanung ohne Erhöhung der Kreis- und Schulumlage zu entwickeln.

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, sich mit Blick auf die vorstehend genannten Forderungen beim Kreisausschuss des Kreises Offenbach für eine Stabil-Haltung der Kreis- und Schulumlage sowie eine zukunftsfähige Haushaltsplanung ohne weitere Erhöhung/-en der Kreis- und Schulumlage, heißt: ohne weitere finanzielle Mehrbelastungen für Rödermark durch den Kreis Offenbach, einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung:	FDP (4)
Ablehnung:	CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FWR (1)
Enthaltung:	FWR (3)

zu 19 Antrag der FDP-Fraktion: Ausschreibungsbedingungen für den Integrationsförderpreis optimieren
Vorlage: FDP/0132/17

Der Antrag der FDP-Fraktion wird geschoben und bleibt im Geschäftsgang.

zu 20 "Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Stadtteil Ober-Roden" - Anmietung einer Liegenschaft im Projekt "Atrium Ober-Röder Bahnhof" für eine Ü-3-Einrichtung
Vorlage: VO/0108/17

Der Tagesordnungspunkt wird im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen.

Bürgermeister Kern begründet die Vorlage des Magistrates.

Der Stadtverordnete Kupczok bemerkt, dass der Titel der Magistratevorlage von einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Stadtteil Ober-Roden spreche. Es gäbe jedoch lediglich einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in „Gesamt-Rödermark“. Bürgermeister Kern stimmt

diesem zu und sagt zu, den Titel entsprechend anpassen zu wollen.
Nach Stellungnahme aller Fraktionen lässt der Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann über die Magistratsvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Um den Rechtsanspruch durch weitere Kita-Betreuungsplätze zu sichern, wird ein Mietvertrag auf 20 Jahre mit dem Projekt „Atrium Am Ober-Röder Bahnhof GmbH“ abgeschlossen, wenn die baulichen Bedingungen und Auflagen für den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung gesichert sind. Die Kaltmiete beträgt 12 € pro qm.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt weiter zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (11), AL/Die Grünen (9), SPD (4), FWR (4), FDP (4)

Ablehnung: /

Enthaltung: /

Ende der Sitzung: 22:14 Uhr

Für die Richtigkeit:

Susanne Morian
Schriftführerin

Sven Sulzmann
Stadtverordnetenvorsteher

Für die Ausfertigung:

Sandra Mahuletz